

am 1. Oktober 2015

## **Plenum, TOP 5 Den sogenannten ökologischen Abfallwirtschaftsplan zurückziehen und im Sinne der Nachhaltigkeit neu ausrichten**

**Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/9804**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Wir haben die heutige Debatte beantragt, um der Landesregierung noch einmal die Chance zu verschaffen, den sogenannten ökologischen Abfallwirtschaftsplan komplett zu überarbeiten. Spätestens die Anhörung am 31. August muss auch für Sie unübersehbar deutlich gemacht haben, dass dieser AWP so nicht in Kraft treten sollte.

Ich zitiere jetzt ausschließlich aus dem Protokoll der Anhörung:

„Man kann sich aus formalen Gründen... darauf beschränken, nur die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsmengen in den Blick zu nehmen. ... Dies ist... zu kurz gegriffen, wenn man daraus Schlussfolgerungen für die Frage ableiten möchte, ob die Kapazitäten richtig bemessen sind...“<sup>1</sup>

„Das Prinzip der Nähe, das mit den Regionen umgesetzt werden soll, wird im Grunde nicht erfüllt. ... man (kann) nicht von der Umsetzung des Prinzips der Nähe sprechen, weil es über den Regionenzuschnitt zwangsläufig immer zu Problemen in den Grenzbereichen der Regionen kommen wird.“<sup>2</sup>

„Wenn das vorliegende Modell für verbindlich erklärt wird, kommen wir nicht umhin, uns andere Kooperationspartner zu suchen, und das wäre sicherlich kontraproduktiv; denn diese Partnerschaften sind gewachsen.“<sup>3</sup>

„... die Entsorgungsregionen dürfen... keinen Todesstoß versetzen können; denn das A und O der ganzen Geschichte ist, jetzt zu versuchen, vernünftige Entsorgungsregionen auf freiwilliger Grundlage mit Kooperationen zu schaffen, die dann auch... positiv gelebt werden...“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Thomas Patermann (VKU Abfallwirtschaft Landesgruppe NRW), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 11

<sup>2</sup> Andreas Freund (AVG Köln), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 13

<sup>3</sup> Thomas Grundmann (AWG Kreis Warendorf), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 36

<sup>4</sup> Dr. Peter Queitsch (Städte- und Gemeindebund NRW), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 21



„Die Frage lautet, ob die Darstellungen im AWP zur Deponierung von Abfällen ausreichend seien. Das kann ich ganz klar mit Nein beantworten. ...das Deponievolumen in Nordrhein-Westfalen für die Deponieklasse I (ist) in drei Jahren erschöpft.“<sup>5</sup> „Heute das Thema nicht offensiv anzugehen, bedeutet den Entsorgungsnotstand von morgen in Kauf zu nehmen.“<sup>6</sup>

„Es macht ... wenig Sinn, vorher in die stoffliche Verwertung zu gehen und danach durch Sortieranlagen zu schicken, nicht auf die Qualität zu achten und am Ende doch wieder einen großen Teil der vorher getrennt erfassten Fraktionen in eine Verbrennung zu schieben.“<sup>7</sup>

„Diejenigen mit Vorbildcharakter nach vorne zu stellen bringt vermutlich mehr, als mit der Keule zu drohen.“<sup>8</sup>

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir es ausführlicher beschrieben, als dies in Rahmen der Redezeit möglich ist:

Die Datenbasis des AWP ist seit 5 Jahren veraltet

Die Gewerbeabfallmengen fehlen.

Die beschriebenen Überkapazitäten bei der Verbrennung gibt es nicht.

Nähe und der gleichmäßige Auslastung werde durch das 5-Regionen-Modell gerade nicht erreicht.

Die aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend erforderliche Öffnung der Entsorgungsanlagen für Abfallmengen aus dem Ausland fehlt.

Der Plan gibt keine Impulse für ein verbessertes stoffliches Recycling.

Dieser Plan schadet den Interessen der Kommunen und der Betreiber.

Er kostet die Bürger viel Geld und wird noch nicht einmal seinen eigenen Ansprüchen gerecht.

Wenn Sie schon uns nicht folgen, dann folgen Sie doch dem Bundeskartellamt. Das hat Ihnen doch geschrieben: „Während der umweltpolitische Nutzen zweifelhaft ist, werden sich die steigenden Preise in der Müllverbrennung vor allem zu Lasten der Kommunen und der mittelständischen Entsorgungsunternehmen auswirken und Gebührensteigerungen ebenso wie weitere Konzentrationstendenzen im Entsorgungsmarkt bewirken.“<sup>9</sup>

Oder Gerd Walter vom ver.di Landesbezirk NRW: „Der Abbau von Kapazitäten in diesem Bereich würde unweigerlich zu einem Personalabbau und zur Gefährdung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen führen. ... Wir schätzen, dass ein Viertel der Arbeitsplätze ins Risiko gerät.“<sup>10</sup>

Wollen Sie das alles wirklich? Ziehen Sie diesen Entwurf zurück!

---

<sup>5</sup> Andreas Freund (AVG Köln), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 46 f

<sup>6</sup> Andreas Freund, Stellungnahme AVG Köln 16/2913, S. 13

<sup>7</sup> Thomas Patermann (VKU Abfallwirtschaft Landesgruppe NRW), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 45

<sup>8</sup> Thomas Grundmann (AWG Kreis Warendorf), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 48

<sup>9</sup> Eva-Maria Schulze, Stellungnahme Bundeskartellamt Aktenzeichen B 4-5/13-25, S. 6

<sup>10</sup> Gerd Walter (ver.di Landesbezirk NRW), Ausschussprotokoll Gemeinsame Sitzung Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Ausschuss für Kommunalpolitik APr 16/980, S. 31